

PROTOKOLL

der ausserordentlichen Gemeindeversammlung der EINWOHNERGEMEINDE FERENBALM vom 30. Januar 2012

Ort Landgasthof Biberenbad, Biberen
Zeit 20.00 Uhr



Anwesende:

Vorsitz: Gemeindepräsident Beat Schweizer
Sekretär: Gemeindeschreiber Bruno Dällenbach
Anwesende Stimmberechtigte: 159
Stimmbeteiligung: 16,3 % (von 974)

Einleitung:

Die Einladung zur heutigen Versammlung erfolgte durch Publikation im
- Laupenanzeiger vom 29. Dezember 2011 und 5. Januar 2012

Der Vorsitzende erklärt die heutige Gemeindeversammlung, zu welcher im Sinne des Organisationsreglementes im Anhang I, Art. 1 und 2 vom 15.6.2000 eingeladen wurde, als eröffnet.

Im Weiteren informiert er über die Rügepflicht gemäss Art. 5, Absatz 1 und 2 des Anhangs I zum OgR sowie Art. 49a Gemeindegesetz.

Stimmzähler: - Bucher Kurt, Jerisberghof
- Kindler Fritz, Rizenbach
- Oppliger Karin, Gammen
- Herren Thomas, Gümnenen
- Minder Daniel, Gammen
- Stucki Peter, Ferenbalm

Die vorgeschlagenen Stimmzähler werden von der Gemeindeversammlung als gewählt erklärt.

Stimmberechtigung: Bei keinem der anwesenden Versammlungsteilnehmer wird das Stimmrecht bestritten.

Nicht stimmberechtigt: Pressevertreter Frédéric Auderset, Pfarrer Frank Wessler und Gemeindeschreiber Bruno Dällenbach

Presse: Auderset Frédéric, Freiburger Nachrichten / BZ / Murtenbieter

Traktandenliste: Der Vorsitzende verliest die Traktandenliste. Diese wird von der Gemeindeversammlung ohne Ergänzungen genehmigt.

Protokoll: Das letzte Gemeindeversammlungsprotokoll vom 05.12.2011 lag gemäss den Bestimmungen des OgR auf. Es sind keine Einsprachen eingegangen. Der Gemeinderat wird das Protokoll am 06.02.2012 gemäss Anhang I des OgR, Art. 17 genehmigen.

VERHANDLUNGEN

1. Fusion der Gemeinden Ferenbalm, Gurbrü, Golaten, Laupen, Kriechenwil und Wileroltigen (Fusionsprojekt G6) Berichterstattung über die Machbarkeit der Fusion und Beschlussfassung über die Fortsetzung der Verhandlungen im Hinblick auf eine Fusion und die Vorbereitung des Fusionsvertrages



Gemeindepräsident Beat Schweizer informiert anhand einer Folienpräsentation über das Projekt. Er weist darauf hin, dass gestützt auf die Abklärungen der Interkommunalen Arbeitsgruppe (IKAG) eine Machbarkeitsstudie vorliege, nicht aber ein Konzept.

Einleitung und Ausgangslage

Erste Gespräche betreffend Fusion fanden bereits im Jahr 2008 statt. Daraus ergab sich vorerst die Gruppe G5. Als alle Gemeinden des Amtes Laupen angefragt wurden, entschied sich ebenfalls Laupen zum Mitmachen. Anfangs 2009 erfolgte der Start des Projektes G6. Sämtliche Gemeinderäte erteilten mittels Gemeinderatbeschlüssen ihre Zusagen. Im Dezember 2009 fanden die ersten Beschlussfassungen an den Gemeindeversammlungen statt (Abklärungsauftrag), bei denen in allen sechs Gemeinden eine hohe Zustimmung erreicht wurde (in Ferenbalm einstimmig). Im Frühjahr 2010 konstituierte sich die IKAG, in der je zwei Vertreter(innen) pro Gemeinde (Gemeindepräsidium / Verwaltung) mitwirkten. In mehreren Workshops wurden Grundlagen erarbeitet. Für einzelne Themen wurden besondere Arbeitsgruppen gebildet. Ein externer Berater mit Erfahrung im Bereich der Fusionen begleitete die Arbeitsgruppe. Die folgenden Bereiche wurden analysiert:

- Politik, Behörden, Verwaltung
- Feuerwehr
- Volksschule
- Gemeindestrassen
- Ver- und Entsorgung

Vom 11. August 2011 bis am 11. September 2011 fand die öffentliche Mitwirkung statt. Die Auswertungen der Eingaben bilden eine Ergänzung zum Bericht. Heute findet der zweite Beschluss durch die Gemeindeversammlung statt. Der dritte Beschluss der Gemeindeversammlung ist in einem Jahr vorgesehen, wenn es darum geht, den Vertrag und die Reglemente zu verabschieden, sofern heute dem Projekt zugestimmt wird.

Politik, Behörden und Verwaltung

Der gemeinsame Nenner der sechs beteiligten Gemeinden ist das ehemalige Amt Laupen. Für den Namen und das Wappen der neuen Gemeinde drängt sich daher Laupen auf. Zudem handelt es sich dabei um einen bekannten "Markennamen" mit Tradition. Die Ortsbezeichnungen bleiben unverändert, was zu einer Situation führt, wie sie in vielen Gemeinden anzutreffen ist.

Vorgesehen wird, dass die Stimmberechtigten ihre politischen Rechte an der Gemeindeversammlung (kein Parlament) und an der Urne ausüben. Der Gemeinderat besteht aus sieben Mitgliedern, die je einem Ressort vorstehen. Die Wahlen erfolgen nach dem Verhältnisverfahren (Proporz), wobei in einer Übergangslösung die Minoritäten gesichert werden. Pro Ressort wird eine ständige Kommission eingesetzt.

Aufgrund der bestehenden Infrastruktur befindet sich der vorgesehene Standort der Verwaltung in Laupen. Bei der Verwaltung entsteht ein wesentliches Synergiepotenzial und trotzdem entsteht ein erweitertes Angebot. Immer weniger Leistungen erfordern einen Besuch der Gemeindeverwaltung (Pässe/ID, Homepage, usw.). Die Verwaltung wird von einem/einer Verwaltungsleiter(in) / Gemeindeschreiber(in) geführt. Unterstellt sind die Abteilungsleiter(innen) Zentrale Dienste, Infrastruktur, Finanzen und Bildung. Das Personal wurde frühzeitig einbezogen sowie offen und transparent informiert. Die Ist-Organisation wird der Soll-Organisation gegenübergestellt. Weiter werden die Vorstellungen des Personals den Möglichkeiten in der neuen Organisation gegenübergestellt.

Öffentliche Sicherheit / Feuerwehr

Bei der Feuerwehr präsentiert sich die Situation heute wie folgt:

- Laupen und Kriechenwil fusioniert seit 01.01.2008
- Ferenbalm und Mühleberg fusioniert seit 01.01.2011
- Golaten, Gurbrü, Wileroltigen mit Kerzers fusioniert seit 01.01.2012

Die Feuerwehr muss operativ sinnvoll arbeiten können sowie unabhängig und rasch einsetzbar sein. Die Ist-Situation ist "feuerwehrtechnisch" gut und auch wirtschaftlich. Die heutige Organisation ist optimal und soll beibehalten werden.

Volksschule / Kultur und Freizeit

Bei der Volksschule präsentiert sich die Situation heute wie folgt:

- 3 Kindergärten Wileroltigen, Ferenbalm, Laupen
- 6 Schulbetriebe Laupen, Kriechenwil, Ferenbalm, Wileroltigen, Gurbrü, Golaten
- 2 Oberstufenzentren Laupen und Kerzers

In Zukunft entsteht aufgrund des FILAG 2012 (Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich) Druck auf die Volksschule (Finanzierung 70 % durch Kanton, 30 % durch die Gemeinden). Der Bereich Bildung soll in der neuen Gemeinde einheitlich geführt werden (1 Gemeinderatsmitglied Ressort Bildung, 1 Schulkommission, 1 Schulleitung). Vorgehen sind folgende Standorte:

- 3 Kindergärten Wileroltigen, Ferenbalm, Laupen
- 4 Schulbetriebe Laupen, Ferenbalm, Gurbrü, Golaten
- 2 Oberstufenzentren Laupen und Kerzers

In den Bereichen Kultur und Freizeit wird Folgendes in die neue Gemeinde übernommen:

- Partnergemeinden
- Bibliotheken
- Jugendarbeit
- Vereine

Gemeindestrassen

Das Personal wird zentral geführt vom Werkhof Laupen. Die dezentralen Standorte bleiben erhalten. Auch die bestehenden Verträge für Winterdienst und Strassenunterhalt mit Privaten bleiben vorläufig erhalten. Für Strassenbenützer(innen) ändert sich nichts. Es besteht ein Strassennetz, bei dem dank der dezentralen Standorte für die Unterhaltsequipen ein rascher und wirkungsvoller Einsatz (z.B. Winterdienst, Überschwemmungen) sichergestellt ist.

Die Fusion bringt folgende Vorteile:

- Zentrale Führung (Spielraum)
- Zeitgerechte Aufgabenerfüllung
- Nutzung der Synergien

Die Nachteile sind:

- Geringere Einflussmöglichkeiten auf lokalen Strassenzustand
- Evtl. höhere Kosten wegen der Entschädigungsansätze

Ver- und Entsorgung

Bei der Ver- und Entsorgung präsentiert sich die Situation heute wie folgt:

- Energie BKW
- Wasser diverse "Lieferanten"
- Abwasser ARA Sensetal und Kerzers
- Kehricht Gemeinde-Lösungen



Bei der neuen Gemeinde ist Folgendes vorgesehen:

- Energie bleibt wie bisher BKW
- Wasser Status Quo beibehalten
- Abwasser heutige Infrastruktur
- Kehricht Angebote untereinander abstimmen

Beim Wasser sind die Gebühren der Wasserversorgungen zu bezahlen. Beim Abwasser sind die Gebühren der Gemeinden zu harmonisieren. Beim Kehricht sind ebenfalls die Gebühren untereinander abzustimmen.

Das Fazit bei der Ver- und Entsorgung lautet, dass eine Abwasser- und Wasserversorgung am effizientesten betrieben werden kann, wenn die Infrastruktur von möglichst vielen Verbrauchern genutzt wird. Dies gilt auch für die Kehrichtabfuhr.

Finanzielles

Auf der Basis der Steueranlagen 2011 erzielen die sechs beteiligten Gemeinden zusammen einen Steuerertrag von 10,6 Millionen Franken (davon Laupen 57 %). Nach der Fusion ist bei einer Steueranlage von 1,59 mit Erträgen von 10 Millionen Franken zu rechnen. Die Mindererträge können durch Einsparungen kompensiert werden. Bei einem Umsatz von 20 Millionen Franken aller Gemeinden zusammen im Jahr 2010 und einem Ertragsüberschuss von 1 Million Franken ist bei der neuen Gemeinde eine Steuer senkung auf das Niveau der "günstigsten" Gemeinde (Laupen mit einer Steueranlage von 1,59) möglich.

Aufgrund der gesunden Finanzlage aller Fusionsgemeinden entsteht eine finanziell gesunde neue Gemeinde. Für den definitiven Fusionsentscheid werden der Voranschlag und der Finanzplan erarbeitet.

Zusammen mit der Fusion wird ein neues Pachtreglement erlassen, welches die konkreten Bewerbungs- und Zuteilungskriterien sowie Übergangsfristen festlegt. Zukünftige Änderungen beschliesst das zuständige Organ der neuen Gemeinde. Eine andere Möglichkeit wäre, dass die heutigen Gemeinden eine unselbständige Stiftung schaffen mit dem Zweck der Landverpachtung gemäss aktueller Regelung. Die rechtliche Umsetzung wird mit dem Kanton abgeklärt.

Beurteilung und Fazit

Operativ

Die Bündelung der Kräfte steigert die Leistungsfähigkeit. 5'500 Einwohner(innen) bilden eine überschaubare Gemeindegrösse. Die bewährte Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden wird weitergeführt. Ähnliche Gemeinden im Kanton Bern mit verschiedenen Ortschaften sind erfolgreich. Die Bewohner(innen) der Dörfer bestimmen das gesellschaftliche Leben - nicht die Gemeindeverwaltung im Dorf. Keine Gemeinde muss ausgeprägte Nachteile tragen - es gibt keine Hindernisse.

Strategisch/politisch

Eine Fusion ist möglich - aufgrund der zu erwartenden Vorteile sogar empfehlenswert. Dies auch unter der Berücksichtigung, dass noch nicht alle Vorteile exakt quantifiziert wurden. Die nachfolgend aufgeführten Argumente sprechen deutlich dafür, das Fusionsprojekt umzusetzen:

- Gemeinsam sind wir stark (stärker) und können die künftigen Probleme besser (wirtschaftlicher) lösen.
- Wir erreichen eine Gemeindegrösse, die einen effizienteren und effektiveren Einsatz der Ressourcen ermöglicht.
- Es lassen sich in bestimmten Bereichen schon kurzfristig Einsparungen realisieren.
- Es lassen sich in weiteren Bereichen mittelfristig Synergien nutzen und so weitere Kosten senken (Optimierungen).
- Die finanzielle Ausstattung mit 1,8 Millionen Franken für die Fusion ermöglicht die Finanzierung der zusätzlichen Aufwände in der Übergangsphase (mit einer genügenden Reserve).



- Je besser die finanzielle Situation wird, desto grösser ist der Handlungsspielraum der Gemeinde.

Der vielleicht auf den ersten Blick als wesentlichen Nachteil empfundene Verlust an Eigenständigkeit ist stark zu relativieren, da es sich dabei eher um eine "empfundene" Autonomie denn um eine wirkliche handelt. Die stärkere Wirkung auf die Eigenständigkeit hat der finanzielle Handlungsspielraum, und der wird mit dem Fusionsprojekt verbessert.



Öffentliche Mitwirkung

Die öffentliche Mitwirkung dauerte vom 11. August bis am 11. September 2011. Lediglich 13 schriftliche Eingaben bzw. Fragen gingen ein, worin nur einige wenige Themen angesprochen wurden, nämlich die folgenden:

- Perimeter / Aussenbeziehungen Gemeinden
- Sitzgarantien / Wahlen im Übergang
- Volksschule
- Finanzen / Steuersatz neue Gemeinde
- Pachtland einzelner Gemeinden

Steuerkraft im Perimeter G6 (Zahlen FILAG 2010)

| | |
|--------------------------------|-------------------------------------|
| • 6 Gemeinden | 84 |
| • 5 Gemeinden (ohne Ferenbalm) | 85 |
| • 5 Gemeinden (ohne Laupen) | 74 |
| • 3 Gemeinden (kleine) | 63 (Golaten, Gurbrü, Wileroltigen) |
| • 3 Gemeinden (grosse) | 88 (Laupen, Ferenbalm, Kriechenwil) |
| • Gemeinde Laupen | 93 |
| • Gemeinde Ferenbalm | 80 |

Personal

Im Vordergrund steht die Übernahme des Personals der sechs Gemeinden. Bei den Verwaltungsstellen wurden Einsparungen von 300 Stellenprozenten errechnet. Die Zielorganisation (Soll) wird festgelegt. Die Vorstellungen (Wünsche) des Personals werden in Gesprächen ermittelt. Die neue Gemeinde stellt die Mitarbeitenden entweder an für feste Stellen in der Organisation oder für befristete Projekt-Stellen, die durch einen Fonds (aus dem Beitrag des Kantons) finanziert werden. Kann jemandem keine zumutbare Stelle angeboten werden, bestehen die folgenden Möglichkeiten:

- Aus- und Weiterbildung
- Anpassung Beschäftigungsgrad
- Altersteilzeit / Frühpensionierung
- Outplacement / Abgangsentschädigungen
- Verkürzung der Kündigungsfristen
- Vermittlung oder temporäre "Ausleihe"

Antrag des Gemeinderates

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, gestützt auf den Bericht zum Fusionsprojekt G6 über die Vorabklärungen für eine Fusion vom 11. August 2011, die Verhandlungen im Hinblick auf eine Fusion weiterzuführen und eine Fusionsvorlage auszuarbeiten, welche wiederum den Stimmberechtigten zum Beschluss unterbreitet wird.

Gemeindepräsident Beat Schweizer orientiert weiter über das Abstimmungsverfahren. Es können sämtliche Argumente vorgebracht werden. Jedoch nicht möglich sei, Änderungsanträge zu stellen. Bei der Abstimmung könne die Versammlung nur "ja" oder "nein" sagen. Ansonsten wäre möglich, dass an allen Gemeindeversammlungen der beteiligten Gemeinden unterschiedliche Varianten beschlossen würden. Der Vorsitzende weist weiter darauf hin, dass an den Informationsveranstaltungen angeregt worden sei, anstelle der Gemeindeversammlung an einer Urnenabstimmung über das Fusionsprojekt zu entscheiden. Das Organisationsreglement sehe dies jedoch nicht vor, so dass es nicht möglich sei. Sofern das Projekt weiter geführt werde, könnte das Reglement im Hinblick

auf die dritte Abstimmung angepasst werden. Für die heutige Abstimmung werde der Gemeinderat beantragen, eine geheime Abstimmung durchzuführen. Ein Drittel der anwesenden Versammlungsteilnehmenden müsse diesem Antrag zustimmen.

Wortmeldungen aus der Versammlung:

Jost Daniel, Biberen, fragt, was passiere, wenn eine der beteiligten Gemeinden an der heutigen Gemeindeversammlung "nein" sage zum Projekt. Aus der Presse habe man bei einer Gemeinde einen Sinneswandel feststellen können.

Gemeindepräsident Beat Schweizer erklärt, dass dann das Projekt in der vorliegenden Form nicht weitergeführt werden könne. Je nach Ergebnis der anderen Gemeinden stelle sich die Frage, ob früher oder später ein neues Projekt gestartet werden könne. Daher sei wichtig, dass die Gemeinde nicht auf die anderen Gemeinden schaue. Eventuell entstehe ein neues Konstrukt. Ist die eine oder andere Gemeinde noch nicht soweit, könne sie später dazu kommen. Die Voten an den heutigen Gemeindeversammlungen würden von den Gemeinderäten aller Gemeinden aufgenommen und ausgewertet. Die Interkommunale Arbeitsgruppe (IKAG) treffe sich am 6. März 2012 und nehme eine Lagebeurteilung vor. Es bestehe ein Vertrag unter den sechs beteiligten Gemeinden. Dieser müsste gekündigt werden. Sofern Laupen beim Projekt nicht mehr dabei wäre, müsste sich Ferenbalm überlegen, ob es die ganze finanzielle Last tragen könnte.

Schlatter Philipp, Biberen, erkundigt sich über die Verschuldung und will wissen, wie viele Schulden die beteiligten Gemeinden haben.

Gemeindepräsident Beat Schweizer gibt zur Antwort, dass man eine Verschuldung von Fr. 900.-- pro Kopf ausgerechnet habe. Wenn man rein die Passiven anschau, sei Laupen klar am höchsten verschuldet, habe jedoch auch das höchste Vermögen. Bei den anderen Gemeinden sei die Verschuldung relativ tief (in der Grössenordnung von einer Million Franken). Auf der Homepage des Fusionsprojektes seien sämtliche Gemeindefinanzrechnungen aufgeschaltet.

Rytz Peter, Biberen, weist darauf hin, dass man von verschiedenen Veränderungen gehört habe, welche die Fusion auslöse. Auch bei der politischen Landschaft werde es Veränderungen geben. Er habe auf der Homepage der Staatskanzlei die Resultate der letzten Nationalratswahlen heruntergeladen und die prozentualen Anteile der bürgerlichen Stimmen und der SP-Stimmen in den sechs beteiligten Gemeinden verglichen (er verliest die entsprechenden Zahlen, aus denen hervorgeht, dass in Laupen weniger bürgerlich gewählt wird als in den übrigen Gemeinden). Ihm scheine wichtig, dass man sich dazu Überlegungen mache, da die Hälfte der Einwohner der neuen Gemeinde aus Laupen stammen würde.

Liechti Martin, Rizenbach, Präsident SVP, orientiert, dass die SVP im Rahmen der Vernehmlassung zum Fusionsprojekt ein Schreiben eingereicht habe. Er verlese dieses Schreiben hier, damit die Position der SVP klar sei:

"Die SVP Sektion Ferenbalm hat den Bericht der IKAG vom 11. August 2011 an ihrer a.o. HV eingesehen und diskutiert. Sie nimmt dazu zusammengefasst wie folgt Stellung: Die Grossfusion der 6 Gemeinden vermag die SVP nicht zu überzeugen. Sie ortet gesamthaft mehr Nachteile als Vorteile, sei es in den Bereichen Finanzen, Dienstleistungen oder Organisation etc. Ein eigentliches Sparpotenzial kann zur Zeit nicht festgestellt werden. Man muss bedenken, dass die Freiwilligenarbeit für die Allgemeinheit massiv zurückgehen würde. Beispielsweise ist die Kostenschätzung von 2 Mio für die allgemeine Verwaltung im Vergleich zu den aufgeführten Vergleichsgemeinden sehr hoch. Nicht einmal die urbane Gemeinde Urtenen-Schönbühl mit komplizierteren Strukturen erreicht diese Summe. Trotz Reduktion der Steueranlagen in einzelnen Gemeinden, ist infolge der Gebühreanpassungen wahrscheinlich letztendlich für die Einwohner ein Nullsummenspiel zu erwarten. Ob man die Attraktivität für die Behördentätigkeit erhöhen kann, ist fraglich. Denn es ist kaum anzunehmen, dass die Sitzungen weniger werden und der



Arbeitsaufwand geringer. Die Attraktivität kann wahrscheinlich nur mit höheren Entschädigungen erreicht werden.

Ein Vorteil sieht die SVP höchstens darin, dass eine Grossgemeinde bei Kanton, Regionalkonferenz usw. besseres Gehör findet.

Die SVP lehnt das Fusionsprojekt G6 ab. Sie ist sich bewusst, dass in der Zukunft Zusammenschlüsse nicht zu umgehen sind. Für erfolgreiche Zusammenschlüsse müssen aber auch die örtlichen Gegebenheiten einigermaßen zusammenpassen. Einen Zusammenschluss der Gemeinden des ehemaligen unteren Laupenamtes, mit der Option, später mit der Gemeinde Mühleberg zusammenzuschliessen, kann sich die SVP vorstellen."

Die SVP empfehle, das Geschäft abzulehnen, wolle aber der Interkommunalen Arbeitsgruppe für die wertvolle Arbeit danken. Das Wissen sei nicht verloren, auch wenn das Geschäft abgelehnt werde.

Gemeindepräsident Beat Schweizer nimmt Bezug auf den Vergleich des Aufwandes unter "Allgemeine Verwaltung" mit der Gemeinde Urtenen-Schönbühl und weist darauf hin, dass man da mit den 2 Millionen Franken einen höheren Aufwand geschätzt habe als denjenigen der Gemeinde Urtenen-Schönbühl.

Bollmann Albert, Rizenbach, teilt mit, dass das Geschäft in der SP sehr gut angeschaut worden sei. Die SP sei der Meinung, dass man der Fusion zustimmen sollte. Sie sehe mehr Vorteile als Nachteile. Die Bürger(innen) müssen heute weniger oft auf die Gemeindeverwaltung als früher, da vieles über das Internet erledigt werden könne. Er lege der Versammlung ans Herz, der Fusion zuzustimmen.

Antrag Bollmann Albert:

Er stellt Antrag für geheime Abstimmung.

Kummer Daniel, Biberen, Präsident FDP, orientiert, dass auch die FDP das Geschäft angeschaut habe und einstimmig die Meinung vertrete, der Fusion zuzustimmen. Das Ganze habe nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile. Diese wurden gut dargestellt. Die Gemeinde komme vorwärts, daher sei die FDP klar für die Fusion.

Gemeindepräsident Beat Schweizer ergänzt, dass es durch die Fusion zu einem Nehmen und einem Geben kommen würde. Gegenseitige Rücksichtnahme sei nötig. Die Abklärungen hätten ergeben, dass die Vorteile überwiegen. Gewisse Nachteile und Konzessionen seien dem Gemeinderat und der IKAG bewusst.

Joray Manuel, Jerisberghof, Präsident SP, orientiert, dass das Anliegen, sich mit anderen Gemeinden zusammen zu schliessen, nicht exotisch sei. Es gäbe Beispiele um uns herum. Der Kanton Glarus habe das Ganze noch grosszügiger vorgemacht. Es sei keine absurde Idee. Man habe heute viel Überzeugendes gehört, um die Kräfte zusammen zu legen. Eine Fusion sei jedoch mit Verlusten verbunden, so zum Beispiel mit dem Identitätsverlust. Der Kanton Bern sei auch einmal alleine da gewesen ohne die Schweiz. Und heute fühle sich jeder Berner als Schweizer. So könne man sich auch als Laupener verstehen ohne negativen Beigeschmack. Spätere Generationen würden über den Entscheid glücklich sein und keine Probleme damit haben.

Gemeindepräsident Beat Schweizer führt an, dass beim Fusionsprojekt G8 mit der Gemeinde Fraubrunnen eine gleiche Ausgangslage vorliege wie bei uns, indem eine ganz grosse Gemeinde und eine mittelgrosse Gemeinde sechs kleine Gemeinden mittragen. Es bestünden jedoch zwei Vorteile gegenüber unserem Projekt, indem das Gebiet kompakter sei und keine kantonsübergreifenden Aussenbeziehungen bestehen würden.

Küttel Urs, Biberen, fragt, wie es mit der Gemeinde Laupen finanziell aussehe. Er habe Angst, dass Laupen nicht ein finanzstarker Partner sei.

Gemeindepräsident Beat Schweizer teilt mit, dass dies eine berechtigte Frage sei. Im Moment liege eine Vorstudie vor, noch keine Gesamtbilanz, aus welcher beispielsweise



der Zustand der Infrastruktur und Mobilien hervorgehe. Das sei Gegenstand von vertieften Abklärungen, die in der nächsten Etappe gemacht würden. Diese Analysen seien aufwändig und kosten viel. Aufgrund der heutigen Situation sei nichts festgestellt worden, das im Argen liege.

Abstimmung betreffend geheime Abstimmung:

Gemeindepräsident Beat Schweizer weist darauf hin, dass zuerst über den Antrag des Gemeinderates und von Bollmann Albert für geheime Abstimmung zu beschliessen sei.



Die Versammlung stimmt dem Antrag mit 80 Stimmen, bei einer Gegenstimme, zu (erforderlich sind 53 Stimmen; ein Drittel der anwesenden Stimmberechtigten).

Abstimmung über das Fusionsprojekt:

Die Stimmzähler teilen allen anwesenden stimmberechtigten Personen einen Stimmzettel aus, sammeln diese wieder ein und legen sie in eine Urne. Gemeindeschreiber Bruno Dällenbach, Finanzverwalter Urs Mathys und die Stimmzähler ziehen sich in einen Nebenraum zurück, zählen die Stimmen aus und ermitteln folgendes Ergebnis:

| | |
|------------------------------|--------------------|
| Zustimmung zur Fusion (ja): | 57 Stimmen |
| Ablehnung der Fusion (nein): | <u>102 Stimmen</u> |
| Total | 159 Stimmen |

Gemeindepräsident Beat Schweizer verkündet das Ergebnis und weist darauf hin, dass der Gemeinderat dieses so zur Kenntnis nehme. Es sei nicht knapp, sondern klar ausgefallen. Der Gemeinderat werde schauen, was daraus zu machen sei.

2. Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Gemeindepräsident Beat Schweizer dankt allen fürs Erscheinen und fürs Engagement und wünscht eine gute Heimkehr.

Schluss der Versammlung: 21:50 Uhr

FÜR DIE GEMEINDEVERSAMMLUNG

Der Präsident: Der Sekretär:

Beat Schweizer

Bruno Dällenbach